

## Niederschrift

Über die öffentliche Sitzung des Nationalparkkuratoriums Dithmarschen  
am 13. Dezember 2001 im Kreishaus in Heide

Beginn: 14.07 Uhr

Ende: 15.45 Uhr

### Anwesend waren

I. die Kuratoriumsmitglieder

Dr. Klimant - Vorsitzender -  
Nielsen, Volker, St. Michaelisdonn  
Kruse, Hinrich, Kaiser-Wilhelm-Koog  
Boje, Adolf, Nordermeldorf  
Denker, Walter, Nordhastedt  
Dr. Siebert, Ursula, Büsum  
Prof. Dr. Nellen, W., Hamburg  
Busche, Günther, Heide  
Johann, Volker, Büsum  
Nottelmann, Rolf, Meldorf  
Kuntze, Joachim, Ostrohe  
Wessels, Karsten, Nordhastedt  
Waller, Johann, Burg  
Schultz, Hermann, Neumünster

II. als nicht stimmberechtigte Vertreter für anwesende Mitglieder

Krohn, Peter, Meldorf  
Schulz, Rainer, St. Peter-Ording

III. vom Landesamt für den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer

Dr. Scherer  
Dr. Koßmagk-Stephan

IV. vom Ministerium für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein

Staatssekretär Wilfried Voigt

V. vom Kreis Dithmarschen

Dr. Eilers, Jürgen  
Stecher, Reimer - als Schriftführer -

VI. als besonders geladener Gast

Dr. Hermann Hötker

VII. Öffentlichkeit

Neben 2 Pressevertretern ist Herr Hans Feddersen vom Offshore-Bürger-Windpark Butendiek anwesend.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Niederschrift vom 27.09.2001
2. Bericht über die Trilaterale Wattenmeerregierungskonferenz am 31.10.2001 in Esbjerg/Dänemark
3. Offshore-Windenergie; aktuelle Informationen durch Herrn Staatssekretär Voigt vom Ministerium für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein u. a. aus der Arbeitsgruppe, die als Folge eines entsprechenden Beschlusses der Küstenländer-Ministerkonferenz vom Februar 2001 eingerichtet worden ist
4. Kennzeichnung des Nationalparks; Vorschläge für neue Zusatzschilder. Beratung und Beschlussfassung über die Einführung neuer Schilder
5. Verschiedenes

Nach der Begrüßung der Anwesenden und der Feststellung der Beschlussfähigkeit durch den Vorsitzenden wird Frau Dr. Siebert zur gewissenhaften und unparteiischen Tätigkeit und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Gegen die geänderte Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

TOP 1: Feststellung der Niederschrift vom 27.09.2001

Die Niederschrift der Sitzung vom 28.09.2001 wird einstimmig festgestellt.

TOP 2: Bericht über die Trilaterale Wattenmeerregierungskonferenz am 31.10.2001 in Esbjerg/Dänemark

Der Vorsitzende berichtet einleitend über die wesentlichen Punkte, die auf der Trilateralen Wattenmeerkonferenz beschlossen wurden und wird durch den Bericht von Herrn Dr. Koßmagk-Stephan ergänzt.

Eine endgültige Übersetzung der Ministererklärung durch das BMU ist voraussichtlich im Frühjahr 2002 zu erwarten.

Zu den Erläuterungen der Tischvorlage werden keine Fragen gestellt.

TOP 3: Offshore Windenergie; aktuelle Informationen durch Herrn Staatssekretär Voigt vom Ministerium für Finanzen und Energie des Landes Schleswig-Holstein u. a. aus der Arbeitsgruppe, die als Folge eines entsprechenden Beschlusses der Küstenländer-Ministerkonferenz vom Februar 2001 eingerichtet worden ist.

Nach kurzer Einleitung durch den Vorsitzenden gibt Staatssekretär Voigt aktuelle Informationen.

Herr Voigt weist einleitend auf die energie- und klimapolitische Bedeutung des Themas und die regionalpolitische Bedeutung für die Westküste und die Meereswirtschaft der norddeutschen Küstenländer hin.

Die Landesregierung wird daran festhalten, dass es bei der Offshore-Windenergie nicht darauf ankommt, die Meere zuzupflastern, sondern große Schaufenster zu errichten und dass sie einem höchstmöglichen Standard, insbesondere einem höchstmöglichen Umweltstandard entsprechen.

In den letzten Jahren wurden 3 Workshops von der Landesregierung abgehalten, bei denen man sich bemüht habe, die Umweltschutzverbände in diese Diskussion einzubinden.

Das Investitionsvolumen von etwa 20 Milliarden DM oder mehr unterstreicht die nationale Bedeutung.

Auf Initiative des Energieministeriums hat die Norddeutsche Küstenländer-Ministerpräsidentenkonferenz im Februar beschlossen, an den Bund heranzutreten mit dem Ziel, die Interessen der Küstenländer und die des Bundes abzustimmen und eine sogenannte Offshore-Konferenz einzurichten, die erstmalig im Juli 2001 getagt hat. Im Ergebnis wurde eine schlanke Arbeitsgruppe gebildet, bestehend aus jeweils einem Vertreter der 3 Küstenländer (Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern), 1 Vertreter aus dem Bundesumweltministerium und 1 Vertreter der Deutschen Energieagentur.

Als Berichterstatter ist Herr Dahlke vom BSH (Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie) als Verfahrensführer der Offshore-Projekte in der AWZ (Außenwirtschaftszone) hinzugezogen.

Die Arbeitsgruppe tagte am 4. Oktober 2001 und am 6. Dezember 2001. Der nächste Termin ist der 14. Februar 2002.

Als wesentliches Ergebnis der Abstimmung zwischen Bund und Ländern am 04.10.2001 bleibt festzuhalten, dass das BMU damit einverstanden war, dass die anhängigen Verfahren trotz der laufenden Debatte bezüglich Ausweisung von Eignungsräumen in der AWZ oder überhaupt die Ordnung der Außenwirtschaftszone beim BSH unter der Bedingung fortgeführt werden, dass die Antragsteller insbesondere im Umweltbereich dafür Sorge zu tragen haben, dass tatbestandlich Daten erhoben werden, die vor den Kriterien der EU Vogelschutzrichtlinie und formal in Analogie zu einer durchzuführenden Umweltverträglichkeitsprüfung in der Form und in den Anforderungen Bestand haben.

Die anhängigen Verfahren laufen weiter, unabhängig davon, dass jetzt im Rahmen der Bundesnaturschutznovelle natürlich auch mit Blick auf Offshore einige wesentliche Erneuerungen in der Beschlussvorlage stehen, die auch aus unserer Sicht sinnvoll sind.

Die wesentlichen Neureglungen sind, dass ein neuer Versagungsgrund in die Seeanlagenverordnung eingeführt wird, nämlich „erhebliche Gefährdung des Vogelzuges“. Außerdem wird die UVP-Pflicht eingeführt und es wird angekündigt, dass die Bundesregierung Eignungsgebiete auszuweisen hat, was noch einige Zeit dauern wird.

Weiterhin wurde die Frage der Anwendung einheitlicher Kriterien durch die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen einerseits und die Bundeswehr andererseits, die Behörden, die mit Abstand den größten Flächenbedarf haben, am 4. Oktober 2001 erörtert.

Mit der Bundeswehr sind wir noch nicht viel weiter gekommen; sehr erfreulich hat sich die Diskussion mit der WSD (Wasser- und Schifffahrtsdirektion) entwickelt.

Ein zwischen der WSD Nord und Nordwest abgestimmtes Papier wurde vorgelegt und gemeinsam erörtert, in dem ein küstennaher Schifffahrtsweg, ein Mittelweg und ein etwa 30 bis 40 Seemeilen entfernter Schifffahrtsweg für die Großschifffahrt gebildet wurde. Dazwischen wurden, vor allem aus dem Blickwinkel der Schifffsicherheit, Optionsflächen für Windparks dargestellt.

Eine der Folgen der Kommunikation mit der WSD war, dass wir einvernehmlich auch mit dem Antragsteller das Projekt „Winkra“ innerhalb der Hoheitsgewässer „beerdigt“ haben, da zu viele Argumente aus Gründen der Schifffsicherheit dagegen sprachen.

Das Projekt „Winkra-Rennef“ nördlich Helgoland in der AWZ wird weiterbearbeitet. Es gibt dagegen keine grundsätzlichen Einwendungen der WSD; anders stellt es sich bei den Schießgebieten der Bundeswehr dar.

Finanzierungs- und Stromnetzfragen wurden im Oktober bereits angedeutet. Diese beiden Fragen wurden am 06.12.2001 intensiv behandelt, bei der Finanzierung insbesondere die Risiken.

Anlass war übrigens eine Information, dass es in Bankkreisen diskutiert wird, von der bisherigen Finanzierungsform von Windprojekten abzugehen.

Die bisherige Finanzierungsform ist die, dass Windprojekte kreditiert werden, gestützt zum Beispiel auf die Regelungen des Energieeinspeisungsgesetzes, die rechtssicher sind.

Weiterhin gibt es einige Kreditinstitute, die darüber diskutieren, nicht mehr Projekte, sondern Unternehmen zu kreditieren.

Stellen Sie sich vor, die Butendiek GmbH stellt einen Antrag auf einen Kredit über 400 Mio. DM und EON stellt einen Antrag auf einen Kredit über 400 Mio. DM. Es ist damit klar, wer kreditwürdig ist und wer keinen Kredit bekommt.

Um solche Fragen diskutierbar zu machen, um die bisherigen Akteure nicht von vornherein über die Finanzierung „herauszukicken“ werden wir das Thema weiterbehandeln, u. a. durch eine sehr intensive Diskussion mit der Landesbank, der Investitionsbank und mit einzelnen Kreditinstituten, die das durchaus anders sehen als andere.

Weiterhin wird auf die Problematik der Stromnetze eingegangen.

Man muss sich vergegenwärtigen, dass insbesondere nach BMU eine Leistung von 25.000 MW in den nächsten 20 bis 30 Jahren erreichbar wäre. Aber selbst, wenn man nur 10.000 MW unterstellen würde, eine Größenordnung, die durchaus in den nächsten 15 bis 20 Jahren realistisch erscheint, fällt sofort ins Auge, dass das gesamte Deutsche Stromnetz darauf nicht ausgerichtet ist.

Unser Stromnetz ist sternförmig organisiert entlang der großen Verbrauchszentren und der Großkraftwerke. Netztechnisch wird es schwierig, wenn der Wind bläst und keine Stromabnahme gewährleistet ist.

Diese Diskussion wird u. a. auch aus Sicherheitserwägungen geführt bis hin zu Ringleitungen in der Nordsee mit Abzweigern nach Holland, Dänemark, Cuxhaven, Emden und Brunsbüttel.

Auch hier ist geplant, über die Deutsche Energieagentur im Rahmen von mehreren Workshops die Notwendigkeiten, die da entstehen, zu vertiefen. Die Netzinfrastruktur hält in der Regel 50 Jahre vor. Deswegen und auch wegen der notwendigen Eingriffe muss man das gesamte Bild vor Augen haben.

Ein Auftaktgespräch zwischen den Vereinigten Deutschen Elektrizitätswerken (VDEW), dem Verbundunternehmen (ESET) und der Deutschen Energieagentur hat stattgefunden. Es wird auf der nächsten Arbeitsgruppensitzung am 14. Februar 2002 in Schwerin vertieft.

Zum Verfahrensstand:

Gegenüber den Darstellungen im Protokoll des Nationalparkkuratoriums Nordfriesland wiederholt Herr Voigt noch einmal, dass das Hoheits-Winkra-Projekt einvernehmlich beendet wurde. Es gäbe nur noch das Winkra-Rennef-Projekt in der AWZ.

Wir sind bemüht, alle förmlichen Antragsteller zum Beispiel bei den Datensätzen und zum Vogelzug zur Zusammenarbeit zu bewegen.

Auch für die beiden Projekte westlich der Insel Sylt, Butendiek und Damtysk haben die Antragskonferenzen beim BSH stattgefunden.

Verfahrensbezogen ist noch wichtig, dass das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie, das, was es im Ostsee-Projekt Sky 2000 gemacht hat, und zwar nach der Antragskonferenz, unter Umweltschutz- und Schiffssicherheitsgesichtspunkten ein sogenanntes Festlegungsprotokoll zu formulieren, so etwas Ähnliches auch beabsichtigt.

Wir machen das beim Projekt Sky 2000 formal im Vorfeld des Raumordnungsverfahrens. In einer ähnlichen Analogie will auch das BSH so vorgehen, obwohl sie verfahrensbezogen natürlich eine andere Genehmigungsprozedur haben als wir innerhalb eines Raumordnungsverfahrens.

Der Landtag hat sich mit der Angelegenheit befasst. Ein CDU-Antrag liegt dem Umweltausschuss vor, der Ende Januar 2002 auf der Sitzung des Umweltausschusses behandelt werden soll. Fast alle formulierten Anliegen sind nach Auffassung von Herrn Voigt in die Anforderungen in die Bundesnaturschutznovelle aufgenommen.

Auf der nächsten Sitzung des Nationalparkkuratoriums sollte wie in Nordfriesland speziell über das Thema „Stromnetze“ diskutiert werden. Er empfiehlt, Herrn Dr. Luther von EON als Fachreferenten einzuladen. Herr Voigt wird an dieser Veranstaltung wieder teilnehmen.

Der Vorsitzende begrüßt den Vorschlag von Herrn Voigt.

Im Anschluss beantwortet Herr Voigt diverse Fragen aus dem Kuratorium.

TOP 4: Kennzeichnung des Nationalparks;  
Vorschläge für neue Zusatzschilder. Beratung und Beschlussfassung über die Einführung neuer Schilder

Dr. Scherer erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Nach umfassender Diskussion, insbesondere zur „Notwendigkeit“ einer neuen Beschilderung legt Herr Dr. Scherer dar, dass die vorhandenen Schilder im Seeklima sowieso nach einer bestimmten Zeit ersetzt werden müssen.

Das Nationalparkkuratorium Dithmarschen stimmt dem Austausch vorhandener Nationalpark-Zusatzschilder gegen Zusatzschilder gem. Anlage 3 der Beschlussvorlage zu.

TOP 5: Verschiedenes

Der Vorsitzende verabschiedet Herrn Dr. Hötter mit einem Buchgeschenk und bedankt sich für die langjährige Mitarbeit im Nationalparkkuratorium.

Herr Nottelmann berichtet aus der Tätigkeit der Arbeitsgruppe „Befahrensverordnung“.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 15.45 Uhr.

---

Dr. Klimant  
Vorsitzender

---

Reimer Stecher  
Schriftführer